

# Zur Sache **ANGEMERKT**

**August 2022**

## **ZEITGESCHEHEN**

### **Deutschland im Sanktionskrieg Was oben, was unten? Gehört -Gelesen-Gesehen**

\*\*\*

### **Auch im Krimi - Erinnerung, wie sie laut Mainstream sein sollen- was Erwähnens wert – was zu vergessen?**

#### **Im Sanktionskrieg**

##### **Zur Lage**

Energie-, Umwelt- und Klima, Ukraine - Krisen über Krisen - Wer soll im Herbst demonstrieren? Wusste nicht schon Goethe: Wenn man den ersten Knopf in der Leiste verpasst, kommt man oben nie richtig an –. Zu dem auch unter Linken ausgebrochenen Streit sei erinnert und angefügt: Die Lage und soziale Frage waren schon im Frühjahr (vor und zum Erfurter Parteitag) bekannt. Doch da war hierfür wollte keine Hand frei, man beschäftigte sich mit ganzer Leidenschaft mit sich selbst.

##### **Verzwickte auch für die Linke**

Jetzt kommen auch die Montagsdemos wieder auf Deutschland zu. Was allerdings

nicht einmal der Linkspartei glücklichere Zeiten bescheren dürfte.

Der Leipziger Linke-Bundestagsabgeordnete, Ostbeauftragten der Bundestagsfraktion, Sören Pellmann hat zu »Montagsdemonstrationen« aufgerufen und dabei an die Proteste gegen Hartz IV vor mehr als 15 Jahren erinnert; eine erste Kundgebung soll am 5. September stattfinden.

Thüringens Linke Ministerpräsident Bodo Ramelow, (der letzte wahre Linke in diesem Land?) hat den Leuten schon gesagt, dass sie nicht hingehen sollen. Es könnten Rechte darunter sein.

Wieder ist ein heftiger Streit ausgebrochen.



##### **Müssen Grenzen gezogen werden?**

**Bei anderen gelesen...**

##### **Das Maß ist voll**

Wir haben jetzt unseren Heizkostenvoranschlag erhalten. Bisher zahlten wir 900 Euro im Jahr. Ab sofort sollen es 2700 Euro werden. Dazu kommt dann noch die Gasumlage. Ob Montag oder an einem anderen Tag: Das Maß ist voll! Wenn jetzt zur Demo aufgerufen wird, bin ich dabei. Und wenn die Linken nicht aus dem Knick kommen, dann mit anderen. Nord Stream 2 muss in Betrieb gehen. Schluss mit den unsinnigen Sanktionen.

**Petr Fiwach, in Lesermeinungen nd 23.  
August 2022**

## Einfach nicht umsetzbar

Bodo Ramelow will also im Bundestag und Bundesrat gegen Preiserhöhungen und Gasumlage kämpfen. Warum hat wer das nicht schon längst getan? Wie viele Stimmen hat die Linke im Bundestag und wie viel Gewicht im Bundesrat? Was Herr Ramelow vorschlägt, ist also nicht umsetzbar. Es heißt aber übersetzt: Geht bloß nicht auf die Straße.

## Das soll linke Politik sein?

Herr Ramelow verhöhnt damit die Menschen, die angesichts steigender Preise dringend auf Hilfe angewiesen sind. Ohne massive Proteste wird sich an der jetzigen Umverteilungsrichtung von der Masse der Menschen hin zu einigen wenigen Aktionären der Energieversorger und anderen Profiteuren der Inflation nichts ändern. Wenn die Linke zu Protesten aufruft, bestimmt sie selbst und niemand sonst, wer auf der Demo sprechen darf und wer nicht. Insofern ist die Unterstellung, mit der die sächsische Linke-Abgeordnete Kerstin Köditz und Bodo Ramelow hier arbeiten – Montagsdemos seien >>rechts besetzt<< einfach infam.

Arne Mengel, Brodersdorf / nd 24. August 2022

## Umstritten

Lasst bitte mal die Kirche im Dorf! Ob das Wetter gut ist oder schlecht, liegt am Wetter, nicht an dem, der es feststellt.

Der Offene Brief an Robert Habeck zu Sanktionen gegen Russland hat der Bürgermeister von **Schneeberg** geschrieben, nicht die AfD. Er hat den Brief jeder Fraktion zugesandt. Jede Fraktion hat aus ihrer Sicht entschieden den Brief zu unterschreiben, weil er inhaltlich sachlich richtig war – ohne bei einer anderen Fraktion zu schauen, ob die vielleicht auch unterschreiben. Der Bürgermeister der Stadt Schneeberg hat Unterstützung bekommen, nicht die AfD, und zwar von allen Fraktionen. Dafür braucht sich die Linke nicht zu entschuldigen. Die Politik dieser Bundesregierung ist schlecht.. Unabhängig davon. Wer sie kritisiert. Dass der Linken-Landesverband Sachsen den Brief anders formuliert hätte, ist ein anderes Thema:

**Rainer Götde, Oranienburg / nd 29.8.2022**

## Treffend gesagt – treffend gefragt



**RAUFEN ist angesagt**

Heute, scheint kaum noch etwas die Ampelkoalition zu einen. Statt sich darum zu kümmern, das Land beisammenzuhalten, muss Scholz erst einmal schauen, dass in seiner Regierung nicht alle aufeinander losgehen.

## Wer hat...

**Leider hat die jetzige Chaosregierung außenpolitisch voll auf eine militärische Lösung gesetzt. Wer hat uns verraten – die Sozialdemokraten; für wen müssen wir sühnen – für die Grünen; für wen müssen wir zahlen – für die Liberalen. /**

Rainer Stillein, Langenwetzendorf / nd 19. August 2022

## Wer zu spät kommt

**Es ist einfach nicht zu fassen: Während sich die Linke, wie immer öffentlich, darüber streitet, ob sie Montagsdemonstrationen veranstalten wird, hat die AfD in Magdeburg ihren Demokalender bereits festgezurr. / P. Jarczewski, Bitterfeld / nd 25.8.2022**

## **PLATZVERHÄLTNISSE** **Atemstillstand gegen rechts**



### **Auch der Widerstand gegen den wirren Regierungskurs bei der Gasumlage könnte denunziert werden**

**Christoph Ruf / in nd 21. August 2022**

Man würde Olaf Scholz gerne mal fragen, welche Argumente in der Kabinettsitzung denn so diskutiert wurden, ehe man auf die Idee kam, die Mehrwertsteuer auf Gas von 19 auf sieben Prozent zu senken. Doch seit der gute Mann von massivem Gedächtnisschwund gepeinigt ist, erinnert er sich wohl selbst nicht mehr daran, was er beruflich so macht.

Wenige Tage, nachdem man eine Gasumlage beschlossen hat, die Energiesparen fördern soll, macht man das mit der Absenkung der Mehrwertsteuer de facto wieder rückgängig, indem man die Gaskosten wieder reduziert. Das ist unsozial, weil alle begünstigt werden, also auch die, die besonders viel Energie verschwenden, und die, die gar keine staatlichen Hilfen bräuchten, weil sie wohlhabend sind. Und man verzichtet wieder auf jede ökologische Lenkungswirkung. Wäre ich die Farbe grün, ich würde gegen die Partei gleichen Namens wegen missbräuchlicher Verwendung einer Farbe klagen. Wo die zehn Milliarden schließlich landen werden – man hat einen Verdacht. Die Worte des Kanzlers, er erwarte jetzt auch von den Konzernen, dass sie das so an die Verbraucher weitergeben, werden die Konzernbosse sicher vor Angst erzittern lassen, nachdem sie sich schon beim Tankrabatt die Taschen vollgemacht haben. Scholz' Appell erinnert an Eltern, die ihre lärmenden Kinder im Café auffordern, doch bitte jetzt endlich

aufzuhören, die Menschen am Nachbartisch mit Lebensmitteln zu bewerfen. Sonst? »Finden Mama und Papa das echt nicht gut.«

Zehn Milliarden Euro Mindereinnahmen bedeutet die Steuersenkung für den Staat. Zweieinhalb hat das dreimonatige Experiment mit dem Neun-Euro-Ticket gekostet, das Millionen von Menschen finanziell spürbar entlastet hat. Das fortzuführen, ist der Regierung indes zu teuer. Irgendeine Nachfolgeregelung soll es wohl geben. In eineinhalb Wochen müsste etwas Neues auf dem Tisch liegen. Wird es aber nicht, Parlamentsferien sind halt auch was Schönes.

Nun könnte man sich über all das lustig machen, wenn die Lage nicht so wäre, dass im schlimmsten Fall jeder zweite oder dritte Haushalt im kommenden Winter in existenzielle Nöte kommt. Es wäre also gar nicht so abwegig, man käme auf die Idee, gegen all das zu protestieren, vielleicht sogar – ein verwegener Gedanke für das Volk der gelösten Bahnsteigkarte – zu demonstrieren.

Doch ich fürchte, ich ahne, wie das dann hierzulande mehrheitlich kommentiert werden würde: Nachdem – fraglos in der Sache gerechtfertigt – Verfassungsschutz und einige investigative Medienformate darüber berichtet haben, dass (welch Wunder) auch die rechtspopulistische Szene die soziale Unwucht und die Sanktionspolitik nutzen will, um für ihre eigene Agenda zu trommeln, habe ich den Eindruck, dass die Erzählung sich bereits jetzt abzeichnet: So lange auch Rechte auf die Straße gehen, läuft jeder, der die Regierungspolitik kritisiert, Gefahr, als jemand denunziert zu werden, der gemeinsame Sache mit Rechten macht. Bestenfalls gilt er als Naivling, der der russischen Propaganda aufgefressen ist. Wut auf Regierungshandeln, so zumindest mein Eindruck, wird seit einigen Jahren gerne medial entpolitisiert und ins

Lächerliche gezogen. Und zwar von einer Journalistengeneration, deren Eltern recht militant gegen AKWs und Nachrüstung protestiert haben. Erstmals aufgefallen ist mir das bei der Berichterstattung über die »Gelbwesten« in Frankreich, die in Deutschland interessanterweise häufig als rechtsoffene Bewegung dargestellt wurden, was mit der innerfranzösischen Wahrnehmung (und der Realität) nicht das Geringste zu tun hatte.

Als Bundesregierung wäre ich jedenfalls jeden Tag aus Neue heilfroh, dass es AfD

und Konsorten gibt. Schließlich herrscht bis in linke Zeitungen und thüringische Staatskanzleien die Überzeugung vor, dass man sich besser selbst lähmt als auch nur eine Aktionsform zu wählen, von deren Existenz einige Milliarden Menschen wissen, aber eben auch die Rechten.

Sollte irgendwann nachgewiesen werden, dass auch Querdenker atmen, würden viele Linke die Lungentätigkeit einstellen. Als vierminütige antifaschistische Aktion, selbstverständlich.

**In einem Freie Presse- Bericht (18.8.2022) von einem von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Streitgespräch:**



**Der sächsische Linken-Fraktionschef Rico Gebhardt hat recht, wenn er sagt: Der Verzicht auf russisches Gas sei eine politische Entscheidung, weshalb auch der Staat die Kosten abfangen müsste.**

**OFFEN WORTE PRALLEN AB, IM WERTE- WORT- GEPRASSEL ABGETAN**

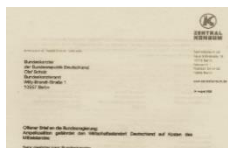
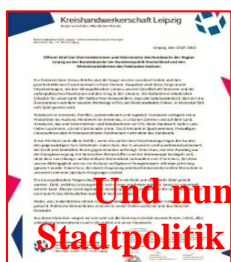
In Offene Briefen an den Bundeskanzler und an den Wirtschaftsminister haben sich beispielsweise in jüngster Zeit bereits Vertreter von Handwerk und Gewerbe, Zentralkonsum gewandt. **Im Brief der Obermeister aus der Region Leipzig steht u.a. „das Embargo gegen Russland sei zum Bumerang geworden... Vieles, was in den letzten Jahren in Deutschland**

**entschieden wurde, ist nicht zu Ende gedacht. Politische Bühnenbilder ersetzen in vielen Fällen sachliche und durchdachte Konzepte... Ohne eine Umkehr zum realpolitischen Machbaren und Verantwortbaren wird unsere Gesellschaft auseinanderdriften. Leistungsträger werden aufhören, Leistungen zu erbringen. Bedürftige werden beginnen, ihre Ansprüche auf der Straße zu artikulieren. Und es wird keinen Kitt mehr geben, der diese Gesellschaft zusammenhalten kann.“**

Ja, in der Politik der „Volksvertreter“, die das Sagen haben und den linientreuen Medien, kommen solche mahnenden Stimmen momentan nur selten vor. Doch all denen muss man zurufen: Verachtet uns die Meister nicht! Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. \*Aus Leserbriefen (unveröffentlicht) an Freie Presse

Und nun wird auch heftig über einen Offenen Brief aus der **Stadtpolitiker von Schneeberg** gestritten. Weniger über den Inhalt, mehr wer und mit wem...

### Treffend gesagt – treffend gefragt



**Und nun noch Brief aus Stadtpolitik an Habeck / Linke sieht Mauer in Schneeberg intakt / Wirbel um offenen Brief**

### Verzwickte Lage auch für die Linke

Wer den Sanktionskrieg führt, muss wohl wissen: Es könnte sich Sanktionierte wehren und reagieren. Das ist für unsere Regierenden ganz unvorstellbar. Aber auch ihre geheiligten Prinzipien in Energie-, Umwelt- und Klimafragen sind Schnee von gestern. Alles ganz plötzlich und wegen Putin? Politik sollte doch zumindest immer damit rechnen, dass sich Bedingungen und Umstände verändern oder dass sie das selbst verursacht. /

Roland Winkler, Aue nd 22. 7. 2022

### Schmerzhafter Abschied von Moskau

**Kerstin Kaiser** leitete seit 2016 das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau. „Russland hat sich verändert. Das Büro musste abgewickelt werden. Das war ein schmerzhafter Prozess.“ Vor dem Krieg sei der Rückhalt für Präsident Wladimir Putin gebröckelt, erzählte Kaiser am 28. 8. bei einem Friedensfest in Straußberg. Mit den Sanktionen habe man ihm die Bevölkerung

wieder zugetrieben. „Man fühlte sich ungerecht von der Welt behandelt“ sagte sie. Es leiden die Leute unter den Sanktionen, die eigentlich nicht damit gemeint sind – angeblich.“



### Feigenblatt grüner Wasserstoff

22.08.2022 Der Kanzler und sein Wirtschaftsminister weilen in Kanada, um einige Energie- und Rohstoffdeals abzuschließen. Auch grüner Wasserstoff darf nicht fehlen. Leider gibt es den auf absehbare Zeit noch gar nicht.



Kanada kann kurzfristig nicht Flüssiggas liefern, das hat Premierminister Justin Trudeau klar gemacht. Er verwies auf die Transportwege von den im Westen Kanadas gelegenen

Gasfeldern zu den Hafenstätten am Atlantik, von denen aus das Gas nach Europa verschifft werden müsste.

*Es bleiben Habecks Spar-Tipps  
Sprichwort: Es ist nicht jeder ein Musikant,  
der die Geige auf dem Rücken trägt.*

Ach, diese *Werteorientierten*. Jetzt, da die Deutsche *Werteorientierte Außenpolitik* a la Baerbock in Arabien in voller Blüte zu erleben ist, ist an **Egon Bahrs** Rat an Schüler zu erinnern:

**Egon Bahr: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staate. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“**

(Auch in nd 18.3.2022)

### Was auch zur Lagebestimmung gehört

**Bundeskanzler Olaf Scholz** hat in Kanada neue umfangreiche Waffenlieferungen an die Ukraine angekündigt. Nach Informationen von Reuters aus Teilnehmerkreisen



sagte Scholz in Toronto bei einer Online-Konferenz zur Ukraine, dass Deutschland etwa zusätzliche drei Iris-T-Systeme, ein Dutzend Bergepanzer, 20 Raketenwerfer sowie Präzisionsmunition und Antidrohngeräte liefern wolle.

Die Lieferungen sollten im Jahr 2023, teilweise aber auch früher erfolgen. Das Volumen betrage mehr als 500 Millionen Euro. Der Haushaltsausschuss müsse den Ausgaben noch zustimmen. Scholz habe die Lieferungen auch als Beitrag zur Modernisierung der ukrainischen Streitkräfte bezeichnet.

Und heute schämt sich eine grüne

**Außenministerin nicht, dem Krieg das Wort zu reden.**



**Sprichwort: Ein guter Schiffer untersucht den Grund, ehe er den Anker wirft.**



### Hoffnung auf Friedensgespräche

**Die Lage in der Ukraine ist weiterhin dramatisch, aber aus Sicht von einigen SPD-Politikern nicht aussichtslos. Sie fordern nun, Staaten wie China oder Indien als Vermittler einzubeziehen. damit die Waffen in Osteuropa schweigen.**

**Raimon Brete, Chemnitz**

**Linke Sozialdemokraten fordern Friedensverhandlungen**

**Aufruf für eine diplomatische Offensive zur Beendigung des Krieges in der Ukraine**  
In einer Zeit, die von Sanktionen und Waffengeschrei geprägt, erinnern sich linke SPD-Mitglieder an die erfolgreiche, von Willy Brandt geprägte, Ostpolitik. Sie heben endlich die friedenspolitische Fahne der Partei auf und fordern die Rückkehr der Politik zur diplomatischen Konfliktbewältigung. Ihre Willensbekundung zielt auf die Notwendigkeit des Einzuges von Vernunft und der Akzeptanz des Machbaren in die Politik der Ampelregierung. Das dies eine heftige Reaktion der Bellizisten bei den etablierten Parteien hervorruft, verwundert nicht. Umso mehr gilt sich mit den sozialdemokratischen Friedensaktivisten, fernab aller ideologischen Gegensätze, zu solidarisieren und diesen Keim einer realistischer Konfliktbewältigung zu unterstützen, zu hegen und zu pflegen.

Dies auch im Angesicht des Weltfriedenstages am 1. September. Es gilt eine Allianz der Vernünftigen zu schmieden - gegen Hass und Krieg! Eine lebenserhaltende und dankenswerte Aufgabe für eine wirklich politische LINKE in Deutschland.

Daran sollte sich die einstige pazifistische Partei DIE GRÜNEN endlich erinnern! Sie sollte sich an ihre grünen Grundsätze für die Energie- und Klimapolitik erinnern! Die gegenwärtige Politik des Wirtschaftsministers ist weder Klimabewusst noch sozial. Die Klimaumlage ist rechtspolitisch mehr als fragwürdig und existenzgefährdend für viele Bürgerinnen und Bürger.

## GESCHICHTEN und GESCHICHTE

**1992** Lichtenhagen, Frank-Walter Steinmeier, der Bundespräsident erinnert (Bild unten)



In Rostock-Lichtenhagen wurde 1992 das Sonnenblumenhaus zur Kulisse für schwere rassistische Ausschreitungen.

**1992 war auch Sachsenburg...**



Hetzer-Flugblätter einer Bielefelder Nazi-Truppe und „Verbrecher sollen Helden sein“-Schmierereien an dem Mahnmal (Hannes Dietrich) vor dem ehemaligen KZ Sachsenburg, zu DDR-Zeit errichtet erschienen. Die Forderungen von KZ-Überlebenden Antifaschisten an Landrat und

Gemeindevertretung, die Schmierereien umgehend zu tilgen, lange überhört.



**2022** Chemnitz, In der Heimatzeitung erscheint am 25.8.2022 ein langer Bericht, überschrieben „Ein offenes Geschichtsbuch“. Thema: Park der Opfer des Faschismus. Ein Denkmal von Hannes Dietrich, (errichtet 1952) der das Antlitz unserer Stadt mitprägte, gab der Parkanlage den Namen. Von Denkmalsachverständigen wird es als Einzeldenkmal der Sachgesamtheit **Park Opfer des Faschismus**, künstlerisch und geschichtlich von Bedeutung, als Kulturdenkmal aus zeitgeschichtlichen Gründen beschrieben.

Mindestens einmal im Jahr mahnen an dieser Mauer (Bild oben) Chemnitzer Stadtrat und Oberbürgermeister, Angehörige von Opfern und geschichtsbewusste Bürger, Vertreter der Jüdischen Gemeinde, anlässlich des bundesweiten Gedenktages am 27. Januar, über das historische Jahr 1945 hinaus, Schuld und Verantwortung unter den Augen einer schweigenden Masse zu hinterfragen. Eine solche Gelegenheit wurde jedenfalls mit diesem Beitrag, der den OdF Park als offenes Geschichtsbuch vorstellte, gehörig verpasst. Kann man eine solche monumentale Mauer als Bestandteil der Mittelachse eines Platzes in

einem Areal von über 7,7 Hektar derart übersehen?  
 Kann der Namen des Schöpfers eben jenes Denkmals, Hanns Dietrich, unerwähnt bleiben, der mehr als manche der im Beitrag berechtigterweise erwähnten Gestaltern des Parks aus mehreren Jahrhunderten für das heutige Antlitz unserer Stadt beigetragen hat? Die "Zeitenwende" scheint aber nicht danach zu sein.

Die Opfer, die Verfolgten und deren Angehörige der NS Zeit machten ihre unverzichtbaren Erfahrungen in der Bekämpfung der Diktatur, oft auch in einer Allianz gegen Krieg und Hass.

Während dieser Beitrag ohne eine kontextbezogene Erwähnung und Beschreibung des Denkmals auskommt, schmieren Nazis (?) an einer Chemnitzer Parkhauswand „Adolf Hitler“.

Aus dem offenen Geschichtsbuch, dass eine offene Geschichte präsentieren soll, beginnen die Buchseiten herauszufallen. Geschichte reflektieren oder ignorieren?

**Peter Blechschmidt, Chemnitz**

## **Und dann, nach Lichtenhagen, Sachsenburg usw. in Stollberg**



Am 15. August 2022 auf einer ZEITGESCHEHEN- Seite der Freien Presse: „Bei einer Gedenkfeier vor dem ehemaligen Frauengefängnis Hoheneck stand ein Grüppchen von Neonazis, aufgefallen von fast keinem“.

Erklärt wird hier wie dort: Die die wechselhafte Geschichte des Ortes, wie auch

das ehemalige Chemnitzer Kaßberg-Gefängnis, erfolgt „gleichrangig“. - Fromme Worte. Kranzniederlegungen für die DDR-Opfer werden zuvorderst organisiert und befördert. Die meisten der in Hoheneck anwesenden Rechtsextremen war zur DDR-Zeit nicht geboren.

**Wie geht das zusammen? Hat es nicht etwa an einer einseitigen Schwerpunktsetzung, zu wenig Zeit, Geld und Willen gelegen? In jedem Genre, so auch im Fernsehen und Film werden gern DDR-Geschichte und Erinnerungen, bzw. wie alles gewesen sein soll, bemüht.**

## **Im ZDF-Erzgebirgs-Krimi „Tödliche Abrechnung“ z.B.**



Jeder Erzgebirger hat wohl aus DDR-Zeit eine Leiche im Keller oder Schuppen. Das musste wohl aber immer noch gesagt werden, nach den Drehbuchschriftstellern. (FP 15. 8.2022)

**Ein Lapsus?  
 Geschichtsdeutung aktuell.**